Presseerklärung



Stuttgart, den 5. Februar 2014

Weiblicher Genitalverstümmelung rote Karte zeigen - für ein selbstbestimmtes Leben aller Frauen!

Weltweit sind 140 Millionen Mädchen und Frauen genitalverstümmelt, alle elf Sekunden werden Mädchen Teile der äußeren und inneren Genitalien, in den allermeisten Fällen ohne Narkose und unter unhygienischen Umständen, entfernt. Deshalb ist es wichtig, sich dem Schicksal dieser Frauen und Mädchen anzunehmen. Zum Internationalen Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar 2014 erklärt dazu die stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union und Landesvorsitzende der Frauen Union Baden-Württemberg, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz MdB:

"Seit vergangenem Jahr hat sich viel getan: Die Genitalverstümmelung ist als ein eigenständiger Straftatbestand im Strafgesetzbuch mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu fünfzehn Jahre geregelt. Das Gesetz wurde im Juni auf Initiative der christlichliberalen Regierungskoalition im Bundestag verabschiedet und passierte im Juli den Bundesrat. Damit haben wir ein weiteres deutliches Signal gesetzt", so Widmann-Mauz.

Hierzulande leben rund 18.000 Frauen, die genitalverstümmelt sind, 5.000 junge Frauen und Mädchen gelten als gefährdet. Teilweise werden den oftmals sehr jungen Mädchen nicht nur die äußeren, sondern auch die inneren Schamlippen ganz oder teilweise abgetrennt. Tausende Frauen sterben jedes Jahr an dieser Praktik. Die Genitalverstümmelung ist vor allem in 28 afrikanischen Ländern, im Süden der arabischen Halbinsel sowie in Teilen Asiens verbreitet, doch verlangen keine heiligen Schriften wie etwa der Koran nach einem solchen Eingriff.

Dass die Kosten für die Behandlung von Gesundheitsstörungen infolge von Genitalverstümmelungen in Deutschland von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden, ist wichtig, aber für die Betroffenen nur ein schwacher Trost.

"Jede Frau muss weltweit das Recht auf ein freies und selbstbestimmtes Leben haben. Der Genitalverstümmelung ist deshalb die rote Karte zu zeigen. Ein solcher Eingriff hat schwerwiegende physische und psychische Folgen, hier ist null Toleranz angebracht. Auch im Koalitionsvertrag der Großen Koalition verpflichten wir uns, Genitalverstümmelung weiter zu bekämpfen", so Widmann-Mauz abschließend.

Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB Landesvorsitzende

Frauen Union der CDU Baden-Württemberg Hasenbergstraße 49b 70176 Stuttgart Telefon 0711 66904 25 Telefax 0711 66904 28 http://www.fu-bw.de

miriam.schmid@cdu-bw.de

